Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

| Ausschussbetreuender Fachbereich | Datum | |
|---|-------------------|-------------|
| Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport | 14.08.2002 | |
| | Schriftführerin | Telefon-Nr. |
| | Barbara Hieronymi | 02202/14467 |
| | | |

Niederschrift

| Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport | Sitzung am Dienstag, 02. Juli 2002 |
|---|---|
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 20.35 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) |

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnungspunkt

Inhalt

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit Seite 5
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.05.2002 öffentlicher Teil Seite 5
- **3. Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite 5*
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin Seite 5
- 5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.05.2002 öffentlicher Teil311/2002 Seite 5

| 0. | "Volkshochschule Bergisch Gladbach" 303/2002 Seite 5 |
|-----|---|
| 7. | Jahres- und Lagebericht 2001 der Stadtbücherei 304/2002 Seite 6 |
| 8. | Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" 305/2002 Seite 7 |
| 9. | Schenkungen und Stiftungen an die Museen der Stadt Bergisch Gladbach 308/2002 Seite 7 |
| 10. | Übersicht über die Entwicklung der städtischen Zuschüsse seit 1995 359/2002 Seite 8 |
| 11. | Jahres- und Lagebericht 2001 des Stadtarchivs 301/2002 Seite 8 |
| 12. | Theaterbericht der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH über das Jahr 2001/2002 306/2002 Seite 8 |
| 13. | Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach" 302/2002 Seite 8 |
| 14. | Selbständige Schule 310/2002 Seite 9 |
| 15. | Sanierung des Schulzentrums Herkenrath mit Fremdmitteln |

| 354/2002 | Seite 10 |
|----------|----------|
| | |

16. Gesamtkosten Sport

321/2002 Seite 10

17. CitypLAn: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet 231/2002 Seite 11

18. Anträge der Fraktionen

Seite 11

19. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2002 zum Erhalt der Stadtteilbibliothek Paffrath

322/2002 Seite 11

20. Anfragen der Ausschussmitglieder

Seite 11

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</u>

Der Vorsitzende, Herr Dr. Miege, eröffnet um 17.00 die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit des Gremiums. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, den 1. Beigeordneten Herrn Kotulla, den Leiter des Fachbereichs 4, Herrn Dr. Speer und die übrigen Mitglieder der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse und stellt die fehlenden und stellvertretenden Ausschussmitglieder fest (s. Anwesenheitsliste).

2 <u>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.05.2002 - öffentlicher Teil -</u>

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

3 <u>Mitteilungen des Vorsitzenden</u>

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

Die Vorsitzende der "Freunde der Städtischen Galerie Villa Zanders e.V.", Frau Corts, und der Vorsitzende des Fördervereins des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe e.V.", Herr Dr. Walther Schiebel, stellen sich vor und plädieren für die tatkräftige Unterstützung dieser städtischen Einrichtungen.

4 <u>Mitteilungen der Bürgermeisterin</u>

Die Bürgermeisterin macht keine Mitteilungen.

5 <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses</u> für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 14.05.2002 - öffentlicher Teil-

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6 <u>Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"</u>

Herr Ludwig betont, dass Haushalt und Bilanz der VHS trotz der Streichung von 200.000 € ausgeglichen sei, bedauert aber, dass dies in Zukunft ein deutlich verringertes Kursangebot zur Folge habe. Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, dass die Ökonomisierung der Weiterbildung auf Kosten der politischen, kulturellen und Grundbildung gehe. Die steigenden Kursgebühren seien der Grund

für den leichten Teilnehmerrückgang, da sich immer weniger diese Ausgabe leisten können. Auf Rückfragen von Herrn Dehler und Frau Dr. Weil zur Elementarbildung erläutert er, dass die VHS erfolgreich an Projekten für Bildungsbenachteiligte durchführe, indem sie Kurse zum Erwerb beruflicher Qualifikation und von Berufsabschlüssen anbiete. Der Kostendeckungsgrad liege bei diesen Angeboten nur bei 10 %, um sozial Schwachen die Teilnahme zu ermöglichen. Die VHS wolle wie bisher die Integrationsarbeit für Zugewanderte fortführen bzw. verstärken, habe aber Finanzierungsprobleme. In Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen, Arbeitsämtern, der Wirtschaftsförderung und den Betrieben versuche man, dennoch diese soziale Aufgabe zu lösen.

Frau Dr. Weil ist über das gute Angebot der VHS trotz der finanziellen Kürzungen überrascht. Sie bedauert diese Kürzungen, doch seien diese nicht von diesem Ausschuss bzw. dieser Stadt zu vertreten. Herr Dehler ergänzt, dass alle Kommunen in NRW diese Schwierigkeiten haben.

Herr Dr. Miege betont, dass die SPD-Fraktion im Gegensatz zur Mehrheitsfraktion der zehnprozentigen Kürzung der Betriebskostenzuschüsse weder in diesem Ausschuss noch im Rat zugestimmt habe.

Herr Kleine bedauert für die Kultureinrichtung, dass die Früchte ihres wirtschaftlichen Arbeitens, ein Ergebnis ihrer Verselbständigung, durch die Kürzungen unterlaufen werde und Rücklagen aufgelöst werden. Die Politik müsse die Erfüllung des Bildungsauftrags sicherstellen und sich schützend vor die Einrichtungen stellen. Ein Grund für die Finanzmisere sei die hohe Belastung durch Zins und Tilgung aufgrund zu hoher Kapitalaufnahme in den vergangenen Jahren. Dem widerspricht Herr Kotulla: keine Investition der vergangenen Jahre sei umstrittengewesen, doch habe niemand mit solchen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen gerechnet. Es gebe keine Verlässlichkeit, keine Berechenbarkeit mehr für die Gemeindefinanzierung. Um ihren Bildungs- und Kulturauftrag erfüllen zu können, müssten die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden. Stattdessen werde möglicherweise in 2003 die Schulpauschale gekürzt, obwohl flächendeckend die Ganztagsschule mit allen Folgekosten eingeführt werden solle.

Frau Böhrs bedauert ebenfalls die Senkung der Betriebskostenzuschüsse und befürchtet, dass durch Entgelterhöhungen viele sich das Angebot der VHS nicht mehr leisten können und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen werde.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7 Jahres- und Lagebericht 2001 der Stadtbücherei

Frau Lenz-Reichwein berichtigt einen Fehler in der Vorlage auf Seite 31 in den Erläuterungen zur Bilanz: die Zahlen im Abschnitt Aktiva – Veränderungen wurden versehentlich ins Minus gesetzt. Anschließend beantwortet sie die verschiedenen Fragen der Ausschussmitglieder zur Bilanz, zur Personalsituation, zur Zweigstelle Paffrath und zu den verschiedenen Dienstleistungsangeboten und Projekten der Stadtbücherei.

Sie sagt Herrn Willnecker eine Aufstellung der Personal- und Sachkosten und der Ausleihzahlen für alle drei Standorte zu (Kosten-Nutzen-Analyse). Für den Vorschlag von Herrn Nagelschmidt, die Abschreibungsfristen von Medien und Sachwerten zu verlängern, sieht sie keinen seriösen Spielraum mehr. In 2 – 3 Jahren seien daher die Rücklagen aufgebraucht.

Sie beklagt die Personalknappheit der Stadtbücherei, nicht zuletzt verursacht durch

Schwangerschaften und Altersteilzeit. Den Vorschlag von Frau Dr. Weil, ehrenamtliches Personal einzustellen, hält sie nicht für sinnvoll: die Fehlerquelle in der Ausleihverbuchung würden stark ansteigen und zu erheblicher Verärgerung bei den Nutzern führen. Dies haben Erfahrungen mit gelegentlichem Vertretungspersonal aus den Schulbibliotheken gezeigt, das sogar bibliothekarisch ausgebildet, aber unbewandert im Verbuchungssystem der Stadtbücherei sei.

Sie begrüßt dagegen den Vorschlag von Herrn Schütz, Personal auf 325 € - Basis einzustellen. Betriebsvereinbarungen mit dem Personalrat ließen dies bisher jedoch nicht zu.

Die Kooperation mit der Schlossresidenz Bensberg wird gelobt und vorgeschlagen, diese auch auf ähnliche Einrichtungen auszudehnen.

Herr Schneeloch verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Erhalt der Stadtbücherei, der im Hinblick auf die Pisa-Studie besonders gerechtfertigt sei.

Frau Dr. Weil fordert, dass die Internetarbeitsplätze sich selbst tragen und erwartet eine Aufstellung über Kosten und Erträge dieses Angebots. Frau Lenz-Reichwein berichtet, dass die 6 neuen Internetarbeitsplätze (bisher: 3) von der Deutschen Luftfahrgesellschaft mit einem Betrag von 19.200 DM gesponsert worden seien und rege angenommen werden. Die Benutzungsgebühren abzüglich der Leitungskosten kämen der Bücherei zugute.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

8 <u>Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"</u>

Herr Dr. Vomm weist darauf hin, dass die Museen ohne das finanzielle, personelle und ideelle Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und Sponsoren schon hätten Konkurs machen müssen. Gerade in schwierigen finanziellen Zeiten seien Visionen und der Wille, Zukunft zu gestalten, wichtig..

Frau Dr. Weil lobt das finanzielle Engagement der Paffrather Raiffeisenbank, die die Reihe "Ortstermine" in der Villa Zanders ermögliche.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9 Schenkungen und Stiftungen an die Museen der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Dr. Vomm ist dankbar über die Schenkungen an die städtischen Museen. Allerdings erwarteten die Spender und Sponsoren auch von der Stadt einen angemessenen Beitrag zu Kulturförderung.

Herr Neu dankt Herrn Zanders ausdrücklich für die vielen Spenden, die er für die Stadt geleistet habe.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport begrüßt die zahlreichen wertvollen Schenkungen an die Museen der Stadt und spricht den Stiftern Dank und Anerkennung aus. Er empfiehlt dem Rat die Annahme der in der Auflistung genannten, einen

10 Übersicht über die Entwicklung der städtischen Zuschüsse seit 1995

Herr Dr. Vomm korrigiert eine Position im Erfolgsplan für das Jahr 2001: die Höhe des Zuschusses belief sich auf 2.130.000 DM, nicht auf 2.183.000 DM.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11 <u>Jahres- und Lagebericht 2001 des Stadtarchivs</u>

Herr Neu erkundigt sich, ob der erfolgreiche "Tag der Archive" wiederholt wird oder ähnliche Veranstaltungen des Stadtarchivs geplant seien. Dies verneint Herr Dr. Eßer; die Kapazität des Stadtarchivs sei erschöpft, zumal man seit dem vergangenen Jahr schon neue Aufgaben übernommen habe.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12 Theaterbericht der Bügerhaus Bergischer Löwe GmbH über das Jahr 2001/2002

Herr Aurich berichtet, dass das Konzept der gemischten Ringe erfolgreich sei: schon jetzt haben die Abo-Buchungen die Zahlen des Vorjahres erreicht, das Abo für den Ring B sei sogar schon ausgebucht. Er bedauert, dass aufgrund des rückläufigen Betriebskostenzuschusses 6 Ringe zukünftig nicht mehr zu finanzieren seien. Der Ring mit dem geringsten Zuspruch müsse leider gestrichen werden, ebenso wie das Angebot an fremdsprachigen Theateraufführungen. Er wolle aber verstärkt versuchen, die junge Generation als Theaterbesucher zu gewinnen.

Herr Kleine bittet um eine Übersicht über die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses in den letzten 5 – 8 Jahren analog zu den Übersichten der städtischen kulturellen Einrichtungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13 <u>Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"</u>

Herr Dehler lobt die innovative und kreative Arbeit der Musikschule und ihre Zusammenarbeit mit den Schulen, die er gerne weitergeführt wissen möchte. Frau Himmelheber bestätigt, dass das Interesse der Schulen an einer solchen Kooperation weiter wachse, aber in der Regel die benötigten Instrumente fehlen. Die Dozenten können über die Entgelte für die Angebote finanziert werden. Entscheidend für die Durchführung solcher Angebote sei ein Antrag der betreffenden Schule und die zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

14 <u>Selbständige Schule</u>

Herr Dr. Speer bittet, die als Tischvorlage verteilte Seite 134 mit derjenigen in der Einladung auszutauschen. Es habe sich im § 6 eine Änderung ergeben.

Herr Dr. Miege übergibt den Vorsitz an Herrn Dehler. Dieser bedauert, dass einige Schulen abgesprungen seien und schlägt vor, weiteren Schulen den Einstieg zu ermöglichen. Er erkundigt sich nach der Berechnung und Handhabung des Stellenplans an den Modellschulen.

Herr Dr. Speer erläutert: der zuständige Dezernent wird den Stellenplan neu berechnen und den Schulen rechtzeitig zur Verfügung stellen, damit diese die Stellen rechtzeitig ausschreiben können. Sollte eine Schule aus dem Projekt ausscheiden, müsse voraussichtlich die Freistellung im Umfang einer halben Stelle an das Land zurückgegeben werden.

Herr Dr. Miege stimmt für die SPD-Fraktion dem Kooperationsvertrag zu, weil dieser den Schulen eine außerordentliche Chance für die Zukunft biete. Bedenken äußert er hinsichtlich der Kapitalisierung besetzbarer, faktisch aber nicht besetzter Stellen an den Modellschulen (§5, Abs. 1), der Rolle des Schulleiters als Dienstvorgesetzter (§ 5, Abs. 4) und der Suche nach Sponsoren und Kooperationspartnern (§ 6). Er weist auf den Haushaltsvorbehalt in § 8 hin. Es sei nach wie vor dieser Ausschuss und der Rat der Stadt, die über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beraten bzw. entscheiden. Diese Punkte müssten noch geregelt werden.

Frau Scheerer stimmt ebenso wie Frau Koshofer dem Modellvorhaben zu. Allerdings erfordere die Umwandlung der Lehrerräte in Personalräte, dass die betreffenden Kolleginnen und Kollegen für diese Aufgabe geschult werden müssen. Sie möchte wissen, auf wessen Kosten die Umverteilung des Budgets von Fachbereich 4 vorgenommen werde, um den erforderlichen Eigenanteil des Schulträgers in Höhe von 2.500 € pro Schule bereitzustellen.

Herr Dr. Speer informiert, dass inzwischen nur noch drei Schulen (AMG, OHG, RS Herkenrath) an dem Modellprojekt teilnehmen, da zwei Schulen auf Grund des negativen Votums der Lehrerkonferenz zurückgetreten seien. Zwei andere Schulen (Wilhelm-Wagener-Schule und Hauptschule Ahornweg) seien jedoch interessiert, haben aber noch Beratungsbedarf. Er bittet den Ausschuss um eine Ermächtigung, ohne eine erneute Beratung im Ausschuss und Rat zwei weitere Schulen beteiligen zu können. Der erforderliche Betrag für den Eigenanteil der Stadt könne im Haushalt durch einen Überschuss bei der Sportstättenunterhaltung aufgebracht werden. Weil die § 1-5 des Kooperationsvertrags landesweit vorgeschrieben seien, habe der Schulträger den Haushaltsvorbehalt in § 8 aufgenommen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden erweiterten Beschluss (Erweitung fett gedruckt):

Der Rat möge beschließen, dass die Stadt Bergisch Gladbach sich am Modellvorhaben "Selbständige Schule" beteiligt und dem beiliegenden Kooperationsvertrag zustimmt

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen von 5 Schulen zwei weitere Schulen in das Modellvorhaben aufzunehmen

15 Sanierung des Schulzentrums Herkenrath mit Fremdmitteln

Herr Kotulla nimmt zu den verschiedenen Fragen und Aussagen der Ausschussmitglieder Stellung:

- ob das Nießbrauchmodell für manche Kölner Schulen, das mit einer Tochter der Deutschen Bank ausgehandelt wurde, auch für den Ersatzbau des Berufkollegs angewandt werden könne (Herr Dehler).
- ob sich an der Nutzung durch Lehrer und Schüler etwas ändern werde (Frau Böhrs).
- was die Kommunen nach 20-25 Jahren zu zahlen haben (Frau Scheerer)
- dass diese Form des Einsatzes von privatem Kapital für die kommende Generation unabsehbare Folgen.habe (Herr Schneeloch)
- dass das Leasing-Modell letztlich wieder die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder mindere und dadurch ein Teufelskreis entstehe(Herr Schütz)
 - dass im Einzelnen geprüft werden müsse, ob ein Leasing-Verfahren sich rechne oder nicht, und in

diesem Fall die Vorteile größer seien als die Nachteile (Herr Kleine).

Herr Kotulla erläutert: angesichts des Sanierungsstaus in den Schulen und der Finanznot der Kommunen müsse man neue Finanzierungsmodelle entwickeln und privates Kapital in Investitionen einbringen. Eines dieser Modell sei neben dem "sale and lease back - Verfahren" das Nießbrauchmodell. Der Investor erhalte das Nießbrauchrecht für eine Immobilie, verpflichte sich zur Sanierung und zahle einen Betrag für den Nießbrauch. Seine Aufwendungen könne er steuerlich absetzen. Die Kommune erhalte sanierte Schulgebäude und zusätzlich einen Betrag, der zur Deckung des Haushalts diene. Ein Teil der Gewinnabschöpfung müsse aber für den Rückkauf der Gebäude zurückgelegt werden. Dieses Verfahren sei nicht ohne Risiko. Es dauere jedoch zu lange, bis eine Gemeindefinanzreform durchgesetzt sei. Bei konventioneller Finanzierung sei der Sanierungsstau nicht zu bewältigen., da die Kommunen die notwendigen Summen nicht im erforderlichen Tempo in den Haushalt einstellen könnten. Zur Zeit werde mit Tochtergesellschaften verschiedener Banken verhandelt und in Gesprächen mit dem Innen- und Finanzministerium und in Projektgruppen ein Ausschreibungsverfahren entwickelt. Bei den Sanierungen haben private Investoren Vorteile: sie seien nicht an die VOB gebunden und könnten daher kostengünstiger arbeiten. Natürlich entstehen Verbindlichkeiten: nach 20-25 Jahren bestehe Rückkaufpflicht durch die Kommunen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

16 Gesamtkosten Sport

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

17 <u>CitypLAn: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet</u>

Herr May stellt das Planspiel anhand einer Computerpräsentation vor und bittet um

Unterstützung durch Politik und Verwaltung. Beteiligung, Kreativität und Engagement der verschiedenen Gruppen in der Bürgergesellschaft seien gefragt. Die Entwicklungskosten des Projekts beliefen sich auf 75.000 €, davon trage die Stadt 1/3, indem sie die Personalkosten übernehme, der Rest solle über Sponsoring finanziert werden, und später erwarte man Einnahmen. 4.000 € fließen über das Gemeindefinanzierungsgesetz, die für die Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden sollen. Das Konzept sei fertiggestellt; die Programmierung werde voraussichtlich im Oktober 2002 beendet, dann folge eine Testphase, und ab Januar 2003 wolle man das Spiel anbieten.

Frau Lehnert schlägt vor, auch die Behindertenverbände anzusprechen, um deren Belange zu berücksichtigen. Frau Münzer hält das Spiel für eine gute Möglichkeit, die Agenda 21 lokal durchzuführen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

18 Anträge der Fraktionen

Es werden keine Anträge gestellt.

19 <u>Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2002 zum Erhalt der Stadtteilbibliothek</u> <u>Paffrath</u>

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt. Der Fachbereich 4 wird ein Konzept zum Standort Paffrath vorlegen.

20 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Nagelschmidt bittet um die schriftliche Beantwortung folgender Frage durch die Volkshochschule:

"Was spricht aus Sicht der VHS dagegen, für die Kurshefte (VHS-Programme) eine Gebühr von 2 bis 3 € zu erheben, die bei einer Belegung des Kurses angerechnet werden?"

Dr. Wolfgang Miege Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport Dr. Lothar Speer Fachbereichsleiter

Barbara Hieronymi Schriftführerin